



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/235 - 13. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Isotopen und Politik</u> Die Dinge auf das richtige Mass bringen!	71
3 - 4	<u>Jeder Siebente ein Analphabet</u> Die schwierige Lage des italienischen Schulwesens Von unserer Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	84
5	<u>Erhard fährt nicht...</u> Vorsicht ist die Mutter der Porzellanrinne	19
5	<u>Deutsches Kapital für Südafrika?</u> Zum Bonner Besuch des südafrikanischen Wirtschaftsministers	31
6	<u>"Wir freuen uns auf Willy Brandt"</u> Wiener "Arbeiterzeitung" zum Besuch des Berliner Regierenden Bürgermeisters	34
7	<u>Der verschwundene Brief</u> Kleine Geschichte aus Rheinland-Pfalz Von Lothar Schwartz	47

Isotopen und Politik

Die Dinge auf das richtige Maß bringen !

sp - Aus den Vereinigten Staaten kam eine Indiskretion, die im Grunde genommen keine ist, denn das Zentrifugenverfahren, das das gewöhnlich nicht spaltbare Uran-Isotop ^{238}U von den spaltbaren Uran-Isotop ^{235}U trennt, ist schon 1958 auf der Genfer Konferenz zur friedlichen Verwendung der Atomenergie in aller Öffentlichkeit diskutiert worden, und im Taschenbuch für Atomfragen kann man das, was jetzt als politische Sensation betrachtet wird, in aller Breite nachlesen. Trotzdem haben wir heute zu verzeichnen, daß es viele westliche Pressestimmen gibt, die Besorgnisse äußern, die Bundesrepublik und andere kleine Staaten könnten sogenannte billige Atombomben herstellen und das Monopol der Großen durchbrechen, und im Ostblock schickt man sich an - wie erste Meldungen beweisen -, die wissenschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik dazu zu benutzen, um erneut die "militaristische Hydra Bundesrepublik" zu beschwören.

Worum aber geht es wirklich? Die Bundesrepublik hat sich in einem Annex zu den Londoner Verträgen feierlich verpflichtet, auf die Herstellung und Anwendung von A-B-C-Waffen zu verzichten. Sie hat darüber hinaus dem Rüstungskontrollant im Rahmen der WEU das Recht eingeräumt, diesen Verzicht jederzeit zu kontrollieren. Bei diesem Verzicht muß es bleiben und auch die sozialdemokratische Opposition wacht im Rahmen ihrer Möglichkeiten darüber.

Die Bundesrepublik aber hat niemals daran gedacht oder sich vertraglich verpflichtet, auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie nicht mitzuarbeiten. Sie gehört Euratom an, und der Sinn dieser Gemeinschaft ist es schließlich, die Energien, die in Atom liegen, friedlichen Zwecken nutzbar zu machen und damit zum Fortschritt und zum Segen der Menschheit beizutragen. Auch bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie aber ist der Isotopen-Trennprozeß unumgänglich, wenn man eben Energie gewinnen will. Niemand kann die Bundesrepublik und ihre Wissenschaftler deshalb daran hindern, an Verfahren zu arbeiten, die diesen Trennungsprozeß wirtschaftlicher und billiger ermöglichen.

Das gleiche Ziel verfolgen nicht nur westliche Länder, im Ostblock wird ebenso daran gearbeitet, und die Schreiber aus Pankow, die sich als erste zu Wort gemeldet haben, sollten eigentlich wissen, daß in Arnsdorf bei Dresden auf dem gleichen Gebiet gearbeitet wird. Vielleicht sind wir gegenüber der Zone sogar rückständig, denn das größte Versuchsatomkraft-

13. Oktober 1960

werk in der Bundesrepublik bei Kahl am Main hat eine elektrische Leistung von 15 000 kW, während ein Projekt in der sowjetischen Besatzungszone immerhin die stattliche Größenordnung von 70 000 kW vorsieht. Sie stimmen das sogenannte Militaristengeschrei an, obwohl die Zone am großen Stechlinsee bei Rheinsberg ein Versuchsaatomkraftwerk baut, bei dem zwangsläufig Plutonium anfallen wird, das noch weit eher für die Produktion von Atombomben geeignet ist als U 235.

In Übrigen weiß heute jeder halbwegs gebildete Deutsche, daß die Gewinnung der Atomenergie sowohl für friedliche als auch für kriegerische Zwecke in der Produktion eine Strecke gemeinsam haben und daß sich erst an der Gabelung entscheidet, welchen Weg man gehen will. Das aber ist eine politische Entscheidung. Die Bundesrepublik hat sich für den friedlichen Weg entschieden und dabei muß es bleiben, ganz abgesehen davon, daß die amerikanischen Lieferungsbedingungen heute so streng sind, daß die Bundesrepublik gar nicht könnte, selbst wenn sie wollte und wir von den USA U 235-Lieferungen erhalten, die nur auf der Briefwaage meßbar sind.

Mit diesen Feststellungen sollen die Besorgnisse durchaus nicht verkleinert werden, daß das neuentwickelte Verfahren in der Bundesrepublik eines Tages dazu führen könnte, daß auch mittlere und kleinere Staaten mit seiner Hilfe in der Lage wären, den friedlichen Weg zu verlassen und zur Atombombenherstellung zu gelangen. Auch für die Sozialdemokraten ist es grauenhaft, daran zu denken, daß sich solche Möglichkeiten etwa für Fidel Castro oder für Kadar ergeben könnten. Diese Entwicklung aber kann man nicht dadurch verhindern, daß man wieder eine Psychose gegen "die Deutschen" erzeugt, sondern der Schlüssel, der diese Tür versperren könnte, liegt in Genf sowohl bei der Kommission, die sich mit einem Stop der Versuchsexplosionen befaßt als auch bei der, die die Sowjets haben aufplatzen lassen. Vielleicht trägt die Sensation, die gar keine ist, mit dazu bei, die Großmächte zur Eile anzutreiben und sie dazu zu bestimmen, nun endlich durch einen Vertragsabschluß den Atomwaffenclub zu schließen.

Und noch eine Lehre sollten wir daraus ziehen. Solange der Bundesverteidigungsminister und die CDU/CSU aus rein innenpolitischen Gründen jeden Tag in die Welt hineinschreien, daß die Bundesrepublik atomar bewaffnet werden müßte, solange werden wir es auch erleben, daß technische Entwicklungen zur friedlichen Verwendung der Atomenergie auch im Westen sofort alle Ressentiments aufleben lassen und den Osten billige Propagandamöglichkeiten bieten.

Jeder Siebente ein Analphabet

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Seit über 100 Jahren - d.h. seit der Einigung Italiens - ist die Schulfrage eines der dringendsten Probleme, das sich alljährlich Italien stellt. Seit über 100 Jahren werden Gesetze und Reformen erlassen und angekündigt, ohne dass sich die tiefgehenden Mängel im italienischen Schulwesen, besonders der unteren Stufen, beheben lassen. Jeder siebente Italiener kann heute noch nicht schreiben und lesen. 48,7 Prozent der heutigen Arbeitslosen haben bloss die Primarschule besucht, und 47,13 Prozent nur einige Klassen; sie zählen somit zur grossen Schaar der Halb- oder Ganzanalphabeten, was die enge Verbindung der Schulfrage mit dem übrigen sozialen Problemen eindeutig aufdeckt.

Die republikanische Verfassung von 1946 schreibt einen achtjährigen Schulbesuch vor, dennoch beweisen die oben erwähnten Zahlen, daß der Staat ausserstande ist, das Gesetz auch wirksam anzuwenden. Im Jahre 1951 ergab es sich, daß 12,9 Prozent der gesamten Bevölkerung nicht zur Schule gegangen waren; heute noch bleiben jedes Jahr über 200 000 Jugendliche dem Unterricht fern. Zum Teil fehlen die Lehrkräfte, zum Teil aber können sie die Eltern bei der Arbeit nicht entlasten, oder sind diese Jugendlichen gezwungen, selbst eine auch nur kleine Verdienstmöglichkeit zu finden.

Es fehlen heute noch, 15 Jahre nach Kriegsende und im gleichen Jahr, in dem die grossartigen olympischen Spiele stattfanden, in ganz Italien 63 250 Klassenzimmer, die benötigt würden, um die schulpflichtigen Kinder unterzubringen. Dies führt zu einer ungewöhnlichen Überfüllung der Klassen, was sich auf den Unterricht äusserst negativ auswirkt. Um diesen Mangel ein wenig zu beheben, sind in den Schulen der Primär- und Sekundärklassen sog. Turni organisiert worden. Das heisst, ein Teil der Schüler geht vormittags, ein anderer nachmittags zur Schule. Dafür werden die Kinder mit Hausaufgaben überbelastet, was sich nicht immer als produktiv erweist. Dieses "Der Reihe nach zur Schule gehen" wird für eine Familie mit mehreren Kindern zu einer grossen Belastung, umso mehr als die überwiegende Mehrheit der Eltern ihre Kinder zur Schule begleitet und abholt, weil die Distanz und der Verkehr in den Städten zu gross sind. Während dem die Kirchen eng aufeinander folgen sind Schulhäuser in Italien weit voneinander entfernt. Auch die durchaus nicht unbeachtlichen Ausgaben für das Schulmaterial wirken oft als ein Hemmnis für die obligatorische Schulpflicht. Interessant ist, dass Italien an wenigsten Schultage von

13. Oktober 1960

allen anderen europäischen Staaten zählt; während die deutschen Kinder 235 Tage, die schweizerischen 240 und die britischen 200 Tage zur Schule gehen, besuchen die italienischen Schüler nur 177 Tage im Jahr die Schule.

Der vor zwei Jahren von der ersten Regierung Fanfani ausgearbeitete Zehn-Jahresplan für die Schule geht darauf aus, endlich mit all den jahrhundert-langen Übeln des italienischen Schulwesens aufzuräumen. Dazu gehören nicht nur der Analphabetismus, sondern auch das niedrige kulturelle Niveau der Lehrkräfte, die ungenügenden Gehälter derselben, die Unmöglichkeit für arme Studenten höhere Schulen zu besuchen usw.

Ob und wie weit dieser Zehnjahresplan erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Die Tatsache, dass bereits im Jahre 1949 und 1954 Gesetze zur Förderung des Schulhäuserbaus erlassen worden sind, und dennoch im Jahre 1960 eine solch hohe Zahl von Schulräumen fehlt, stimmt nicht gerade zuversichtlich. Die Kosten für die Schulreform wurden von Fanfani - innerhalb einer Zeitspanne von 10 Jahren - auf 1386 Milliarden Lire veranschlagt (rund 900 Millionen DM).

Fanfani's Zehnjahresplan ist sogleich von den Linksparteien, einem Teil der Sozialdemokraten und den Radikalen in aller Schärfe angegriffen worden. Die zu diesem Zwecke bestimmte Summe sowie die Langsamkeit in der praktischen Ausführung eines Planes, der allen Häusserst dringend erscheint, wurde eingehend kritisiert. Was aber diese Parteien ganz besonders ablehnen sind die vorgesehene staatlichen Subventionen an Privatschulen. Diese sind in der überwiegenden Mehrheit katholisch. Eine an solche Schulen gewährte staatliche Subvention wird von den laizistischen Kräfte als eine erneute, indirekte Einmischung der Kirche in die Staats-Schulen angesehen.

Neben den rein materiellen Übeln, die das italienische Schulwesen aufweist, besteht immernoch das bedeutende Problem der Festsetzung einer grundsätzlichen Richtlinie des Unterrichts, was in der heutigen Lage äusserst schwer zu bestimmen ist. Die stets heikle Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche spielt hier hinein.

Auch die Auswahl der Lehrbücher führt immer wieder zu scharfen Auseinandersetzungen. Jedem Lehrer steht in Italien, die Wahl der für sein Fach benötigten Lehrbücher frei. Diese müssen einer zuständigen lokalen Kommission unterbreitet und von dieser genehmigt werden. Dieses auf den ersten Blick so freiheitlich aussehende Vorgehen weist aber große Nachteile auf. Auf Grund der Erfahrungen weiss jeder Lehrer, daß er sich gewisse Schwierigkeiten auf seiner weiteren Laufbahn aussetzt, wenn er Bücher empfiehlt, die mit der katholischen Auffassung nicht übereinstimmen. Auch sind die Schüler demzufolge viel mehr von der persönlichen Weltanschauung ihrer Lehrer abhängig. Es kommt z.B. immer wieder vor, daß im Geschichtsunterricht die Machtergreifung durch Mussolini auf eine Art und Weise gelehrt wird, die der Wahrheit völlig widerspricht und in Kontrast steht zur moralischen Grundlage der italienischen Verfassung.

Italien hat auf anderen Gebieten, z.B. in der Industrie beachtliche Erfolge erzielt, und das Land hat die Formen einer modernen Demokratie angenommen. Die Lage, in der sich heute das italienische Schulwesen befindet, liegt dagegen um ein Jahrhundert hinter anderen Ländern zurück.

Erhard fährt nicht

sp - Eigentlich wollte er in Kürze nach Spanien und Portugal reisen, der Herr Bundeswirtschaftsminister. Aber plötzlich heisst es, er habe seine Reisepläne aufgegeben, um "weitere Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Massnahmen zur Konjunkturdämpfung zu führen". - Man kann Herrn Prof. Erhard zu diesem Entschluss nur beglückwünschen. Zu oft hat ihm sein Regierungschef gerade während der Abwesenheit von Bonn ein Schnippchen geschlagen. Zugegeben, Spanien und Portugal sind nicht so weit wie Washington und Teheran; man könnte notfalls schnell zurückkommen. Aber Vorsicht ist und bleibt auch die Kutter der Bonner Porzellanliste. "Dem Alten kann man nicht trauen", so heisst es im Bundeswirtschaftsministerium. Und da auch Faltenbügler Dr. Krone der Meinung war, selbst grosse Freundschaftsschwüre könne man nicht allzu ernst nehmen, soll er ebenfalls dem Wahlstar Nr. 2 der CDU geraten haben, an den Ufern des Rheins zu bleiben. - So wird denn jetzt der Bundeswirtschaftsminister - wie aus seinem Ministerium verlautet - "die Zügel fest in die Hand nehmen". Er will sich nicht mehr ins Kreuz treten lassen und glaubt allen Ernstes, dass seine Argumente durchschlagender sind als die der Leute, die während seiner Abwesenheit dem Bundeskanzler eingeheizt hatten.

+ + +

Deutsches Kapital für Südafrika?

sp - Auf der Reiseliste des vielbeschäftigten, vom Ostblock viel bedrängten, von der überwältigenden Mehrheit der UNO-Mitglieder stark unterstützten Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, steht auch ein Besuch in der Südafrikanischen Union. Hammarskjöld taucht und das ist wohl seine Pflicht, die er sehr ernst nimmt - immer an den Brennpunkten der Weltpolitik auf. Sein Besuch in Südafrika ist für den Januar nächsten Jahres vorgesehen, und man braucht nicht lange nach den Motiven dieser Reise zu suchen, sie liefert die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung. Mit der Loslösung aus der Oberhoheit der britischen Krone hat diese, das Gewissen herausfordernde Rassenpolitik eine noch schärfere Akzentuierung bekommen. Hier bräut sich ein Sturm zusammen, der ganz Afrika in seinen Strudel mitreissen könnte, denn der Zeitpunkt scheint nicht mehr allzu fern zu sein, an dem die Bewohner des nichtweissen Afrika die unwürdige Behandlung ihrer so schwer bedrängten Brüder kaum mehr dulden dürften.

Diese Gefahr eines schrecklichen Zusammenstoßes sieht Hammarskjöld auf die UNO zukommen. Schon heute ist dieses mit Naturschätzen so gesegnete Land in der Weltöffentlichkeit isoliert, was seinen sichtbaren Niederschlag in einem dauernden Devisen- und Kapitalackwund findet. Gerade die selbstverschuldeten finanziellen Nöte führten nun zu einem vier-tägigen Besuch des Wirtschaftsministers der Südafrikanischen Republik nach Bonn. Der Wirtschaftsminister möchte bundesrepublikanisches Kapital nach Südafrika locken und deutsche Firmen bewegen, Zweigwerke in der Union zu errichten. Aber hier ist wohl Vorsicht am Platze. Abgesehen davon dass solche Investitionen auf lange Sicht Fehlinvestitionen wären, so sollte, müsste man meinen, schon aus politischen Gründen eine finanzielle Unterstützung Südafrikas vermieden werden. Sie käme einer Regierung zugute, die sich durch ihre Rassenpolitik ausserhalb der westlichen Gemeinschaft stellt. Leicht könnte die Bundesrepublik das Oidium auf sich laden, sie unterstütze diese Rassenpolitik - aber gerade dies können wir bei dem labilen Vertrauen, das wir im Westen haben, nicht brauchen.

+ + +

"Wir freuen uns auf Willy Brandt"

Anlässlich der Eröffnung der Berliner Woche in Wien durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, widmete das Zentralorgan der Österreichischen Sozialisten, "Arbeiterzeitung", diesen einen Begrüßungsartikel, dem wir u.a. folgendes entnehmen:

"Willy Brandt kommt zwar als Berliner Bürgermeister nach Wien, aber er ist nicht bloß Bürgermeister - und das gibt dieser Berliner Woche in Wien eine zusätzliche Bedeutung. Willy Brandt ist der Kanzlerkandidat der deutschen Sozialdemokraten für den Wahlkampf des nächsten Jahres. Wir glauben, daß Willy Brandt nicht nur für den Freiheitskampf Berlins, sondern auch für den sozialdemokratischen Wahlkampf Drmutigungen und Hoffnungen aus Wien mitnehmen kann. In Österreich ist nämlich gerade das verwirklicht, was das Hauptkonzept des jungen Kanzlerkandidaten ausmacht."

"Brandt ist - und das steht mit seinem weltgeschichtlichen Amt als Berliner Festungskommandant in engstem Zusammenhang - der Mahner zur deutschen Einheit... Willy Brandt vertritt die Politik des ganzen Herzens, er ist das fleischgewordene Gewissen der demokratischen Deutschen."

"Willy Brandt ist der Junge Mann der deutschen Sozialdemokratie. Seine Person repräsentiert jene Generation, von deren Aufstieg zur Entscheidungsgewalt und Verantwortung die deutsche Arbeiterbewegung endlich jene Stärkung erwartet, die ihr den Durchbruch zur politischen Tat ermöglicht - jene Stärkung, die in Anbetracht der Mentalität Adenauers und seiner Gefolgsleute die einzige Grundlage sozialer und nationaler Kräftezusammenfassung ist. Und auch in dieser Beziehung kann Willy Brandt in Österreich Erfahrungen sammeln."

"Wir freuen uns auf Willy Brandt. Wir freuen uns auf das, was er uns zu sagen, was er uns zu geben hat. Wir freuen uns auf den Repräsentanten der Freiheit Berlins, die so viel für die Freiheit in der ganzen Welt bedeutet."

+ + +

Der verschwundene Brief

Von Lothar Schwartz

Briefe, die den Adressaten nicht erreichten, gibt es nicht nur in Filmen und Romanen, sondern ab und zu auch bei der als äußerst zuverlässig bekannten Post. Daß aber ein deutscher Minister ein ihm zu treuen Händen zur Weiterleitung an einen prominenten Parteifreund überstelltes Schreiben einfach nicht erhalten haben will, ist ein unbedingtes Novum in der Chronik postalischer Pannen.

Schauplatz dieser Kuriosität ist Rheinland-Pfalz. Absender des spurlos verschwundenen Briefes der Oberbürgermeister Dr. Walter Sommer (SPD) von Kaiserslautern. Bei einem Zusammentreffen hatte das Stadtoberhaupt der größten NATO-Garnison des europäischen Kontinents dem rheinland-pfälzischen Minister für Unterricht und Kultus, Dr. Édouard Orth, die speziellen Sorgen geschildert, die für Kaiserslautern aus der Anwesenheit von rund 50 000 amerikanischen Soldaten und deren Familienangehörigen resultieren. Dr. Orth zeigte größtes Verständnis und erbot sich, bei einer bevorstehenden persönlichen Begegnung mit Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß einen Brief des Kaiserslauterer OB zu übergeben und noch zu erläutern, in dem diese außerordentlichen Belastungen niedergelegt sein sollten.

Sofort verfaßte Dr. Sommer hoffnungsvoll ein Schreiben, dessen Schwerpunkt darin bestand, daß die Stadt Kaiserslautern bisher nicht weniger als 14,5 Millionen DM aufwenden mußte, um den infolge der Anwesenheit der Stationierungstreitkräfte und ihres Gefolges anfallenden zusätzlichen Aufgaben gerecht zu werden. Da es sich dabei um mittelbare Ausgaben für die Landesverteidigung handele, so hatte Dr. Sommer geschrieben, könnten sie nicht einer Kommune angelastet werden. Die Stadt Kaiserslautern sei auf diese Weise in bedenklicher Weise in die Nähe der Verschuldungsgrenze geraten. Ein Zuschuß in Höhe von drei Millionen DM aus Bundesmitteln, so hatte der Oberbürgermeister angeregt, könnte sie vorläufig aus ihrer prekären finanziellen Lage herausführen.

Dieser inhaltsschweren Brief hatte das Stadtoberhaupt der internationalen pfälzischen Garnison am 8. Januar 1960 genau um 10.12 Uhr im Vorzimmer des rheinland-pfälzischen Kultusministers durch einen Kurier zur vereinbarten Weiterleitung abgeben lassen. Als Dr. Sommer bis Ende September ohne Antwort war, machte er die Öffentlichkeit mit dem Inhalt seines "Brandbriefes" nach Bonn vertraut. Daraufhin meldete sich am 7. Oktober Verteidigungsminister Strauß mit einem - zugleich der Presse übergebenen - Telegramm, ihm sei ein solches Schreiben niemals zugegangen. Auf Anfrage ließ Minister Dr. Orth am Mittwoch in Mainz durch einen Ministerialrat erklären, er erinnere sich wohl der Ansprache mit OB Dr. Sommer, aber nicht des Einganges eines Briefes, der an Strauß weitergeleitet werden sollte.

Der Kaiserslauterer Oberbürgermeister Dr. Sommer hat in einem neuerlichen, am 10. Oktober abgeschickten Brief an den Bundesverteidigungsminister die Hoffnung ausgesprochen, daß sich das Verschwinden seines ersten Schreibens als ein Büroversehen in einem der beiden beteiligten Ministerien erweisen möge. Jede andere Erklärung für seinen Verbleib wäre ein Skandal; vor allem, wenn es sich heraus stellen sollte, daß man in Mainz oder Bonn einen Papierkorb geduldig zu sein ließ!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel